

*Der Bewegungsmensch
André Kremer zieht,
sechs Monate nach
dem EU-Verfassungsreferendum,
eine nüchterne Bilanz.
Die Anti-Globalisierungsbewegung,
wie etwa das Luxemburger
Sozialforum, für das sich der
Postbeamte stark macht, haben von
der Dynamik der "Nein"-Bewegung
nicht profitieren können.*

(Foto: Christian Mosar)



SECHS MONATE NACH DEM REFERENDUM

"Eingesunken wie ein Soufflé"

w maxx: *Das Komitee gegen die EU-Verfassung wertete vor sechs Monaten die 43,5 Prozent gegen die EU-Verfassung als großen Erfolg. Dauert die Freude darüber heute immer noch an?*

André Kremer: Was immer noch freudig stimmt, ist der einmalige Charakter dieses Referendums. Es war eine besondere Erfahrung zu sehen wie gut die Nein-Kampagne verlief. Wie viele Leute sich daran beteiligten und sich optimal ergänzten. Für Luxemburg ist es schon ungewöhnlich, dass solch unterschiedliche Kräfte zusammenarbeiten, ohne dass es zu größeren Auseinandersetzungen kommt. Mag sein, dass es gerade deshalb so gut geklappt hat, weil die großen, einflussreichen Organisationen nicht mitgemacht haben und deshalb der übliche Streit oder Neid ausblieb. Andererseits lässt sich der Erfolg aber nicht nur auf das "comité pour le non" zurückführen. Es gab auch andere Initiativen und den Einsatz vieler Einzelpersonen, die zu diesem für Luxemburg beachtlichen Resultat beigetragen haben.

Die linken Parteien, scheinen von dieser Dynamik wenig profitiert zu haben. War das Nein nicht doch vor allem ein eher populistisches, anti-europä-

isches Nein, als ein Einsatz für ein sozialeres Europa?

Es spielen so viele Faktoren bei diesem Nein zusammen, dass ich mir das Bild des Anwalts Gremling zu eigen machen will: Er spricht von einem "précipité chimique", der sich aus eher unterschiedlichen Ursachen heraus ergeben hat und sicher nicht das Resultat einer langjährigen Bewusstseinsarbeit oder allein einer effektvollen Kampagne fortschrittlicher Organisationen war. Mich hat deshalb auch nicht gewundert, dass die Bewegung um das Referendum herum anschließend eingesunken wie ein Soufflé. Das Referendum bot für viele seit Langem die Gelegenheit, ihrer Stimme Gewicht zu geben, ohne dass jemand kontrollieren konnte, wie sie abstimmten. Es scheint mir klar, dass hier auch ein gewisser nationaler Reflex mitspielte, oder die Angst vor sozialem Abbau. Dass sich dies im Anschluss nicht fortsetzte, verwundert nicht. Von Anfang an fehlten Kräfte, die diese Forderungen politisch strukturiert hätten. In Frankreich, wo es Komitees und Organisationen gab, die sich langfristig mit der Verfassungsfrage beschäftigt haben und deren Nachwirkungen auch jetzt noch zu spüren sind, dauert die Diskussion jedenfalls weiter an,

bis hinein in die grüne und die sozialistische Partei.

In Frankreich hat sich das Nein ja auch mehrheitlich durchgesetzt, was ja die Nachbearbeitung etwas anders gestaltet.

Das stimmt, allerdings hat am Ende in Luxemburg nicht soviel gefehlt, um auch hier ein Nein zu erwirken. Wenn die eine oder andere große und einflussreiche Organisation sich konsequent für das Nein eingesetzt hätte, bestünde jetzt eine gänzlich andere Situation. Trotzdem glaube ich, dass das Referendum auch hierzulande eine gewisse Tiefenwirkung behalten wird. Themen wie Neoliberalismus oder Sozialabbau sind, nicht zuletzt dank der Arbeit des Komitees, nicht mehr aus der politischen Diskussion wegzudenken.

Ziel der Nein-Kampagne war es den Ratifizierungsprozess zu stoppen und eine Neuverhandlung des Vertrages zu erwirken. Wird diese Strategie aufgehen?

In meinen Augen hat sich die Situation seit den Abstimmungen in Frankreich und in Holland kaum verändert. Keiner weiß so richtig, wohin das Ganze steuert. Die Referenden waren ein Vabanque-Spiel, bei denen die Regierenden gehofft hatten, die Sache würde einfach so durchschlitern. Es hat tatsächlich in diesem Sinne keinen Plan B gegeben, weil keine Alternative vorgesehen war. Jetzt wird zwar versucht eventuell hier und da am Text herumzufingern - allerdings bleibt die schwierige Situation, dass es sehr kompliziert sein wird, unter den 25 Mitgliedsstaaten erneut einen Konsens zu bekommen. Man hört zwar von der einen oder anderen Seite, dass die Diskussion "wiederbelebt" werden soll, doch merken kann man davon bis jetzt noch nichts. Die einzige Perspektive die sich eventuell auftut, sind die Wahlen in Frankreich und in Holland 2007, wo es sich je nach deren Ausgang anbietet einen zweiten Versuch anzutreten. Zum Beispiel indem zeitgleich

Zur Person

André Kremer ist mit 52 Jahren fast so alt wie die "Montanunion", die Anfang der 50er Jahre als Vorreiterin der Europäischen Union gegründet wurde. Der "Dikrecher Jong" war bis in die 80er Jahre aktiver Trotzki und stand später Pate bei der Gründung "déi Lénk". Vor den Wahlen 2004 drehte er der Parteipolitik den Rücken um sich fortan vor allem den neuen sozialen Bewegungen zu widmen. Sein Engagement gilt vor allem dem Luxemburger Sozialforum. 2005 beteiligte er sich ebenfalls aktiv an der Kampagne gegen die EU-Verfassung.

mit den noch verbleibenden Ratifizierungsländern abgestimmt wird. Das Ganze ist Ausdruck einer permanenten Krise Europas, wo laufend Dinge versucht, zurückgezogen und schließlich in leicht verwässerter Form erneut vorgebracht werden. Der Vertrag war insofern ein Versuch, in einer Art gordischem Knoten, diese Probleme in einem Durchgang ansatzweise zu lösen. Mittels einfacher, funktionierender Strukturen und vor allem durch eine Legitimierung durch die europäischen BürgerInnen. Das ist nicht gelungen. In diesem Sinne bleibt die Krise bestehen und verstärkt sich sogar noch, weil der Euroskeptizismus sich jetzt auch in den östlichen Mitgliedsstaaten breit macht.

Kritische Befürworter des Vertrages haben gewarnt, der vorliegende Text sei zwar nicht optimal, dafür aber besser als alles andere was ihn ersetzen könnte. Geben ihnen die ungehemmten Deregulierungsbestrebungen nicht im Nachhinein Recht?

Es wurde immer gesagt - und ich glaube, das stimmt -

die Politik bleibe dieselbe, ob der Verfassungsvertrag angenommen werde oder nicht. Unsere Position war zu sagen, dass der vorliegende Vertrag, sollte er angenommen werden, das Kräfteverhältnis unter den Akteuren zugunsten der Neoliberalen verschiebt. Unsere Lesart war, dass der Vertrag verbindlich fest schreibt, welche Politik betrieben werden darf, nämlich die derzeit dominierende Deregulierungspolitik. Sollte sich der politische Kurs in Zukunft einmal ändern, in einzelnen Ländern oder auf übergeordneter Ebene, hätte dann die Gefahr bestanden, dass bestimmte politische Entscheidungen als nicht verfassungskonform abgelehnt worden wären - legitimiert durch eine Mehrheit der Bevölkerung. Insofern ist dieser Prozess offener als vorher.

Die nächste Schlacht heißt Bolkestein-Direktive. Stehen die Truppen bereit, auch dieser Drohung zu widerstehen?

Es ist tatsächlich so, dass die militante Mobilisierung seit dem Referendums eingebrochen ist. Das Phänomen war zu erwarten, aber dennoch ist das nicht zufriedenstellend. Allerdings hat die Mobilisierung im Vorfeld dazu geführt, dass die Diskussion um die Zukunft Europas und die Liberalisierung sehr viel tiefer geführt wurde als vorher. Diese Fragen werden nicht mehr ausschließlich von denen, die man früher wohl mit "Avantgarde" bezeichnet hätte, diskutiert, sondern sie beschäftigen jetzt sowohl die untersten Glieder der Gewerkschaften als auch die von Parteien wie der LSAP oder den Grünen. Ohne das Phänomen des Referendums würde das heute ganz anders aussehen. Das Gewicht, das sich hier anhäuft um sich gegen Bolkestein zu stemmen, ist sehr viel größer geworden. Wären die Führungsgremien der großen Organisationen zudem bereit ihre Kräfte in diesem Sinne zu bündeln, könnte Bolkestein durchaus

zum Wanken gebracht werden. Es reicht natürlich nicht, an einem Tag eine möglichst große Demonstration in Brüssel oder Straßburg auf die Beine zu stellen. Man muss darüber hinaus breite Allianzen schaffen um eine solche Direktive zu verhindern. Zumindest die Gewerkschaften haben ihre Position in diesem Sinne seit dem letzten Jahr verschärft, was man leider von den Sozialdemokraten nicht behaupten kann.

Um Bolkestein zu verhindern, braucht es eine europäische, übernationale Mobilisierung. Reichen denn die Kräfte für eine internationale Zusammenarbeit?

Ob das klappt werden wir im Februar sehen, wenn europaweit mobilisiert werden soll um eine Abstimmung zu verhindern. Entschieden wird letztendlich im Ministerrat, wenn sich klärt ob ein Chirac oder eine Merkel, das was sie ihrem Wahlpublikum versprochen haben, auch einhalten werden. Das ist ja einer der Widersprüche der europäischen Konstruktion, dass man so etwas wie Bolkestein zwar europäisch bekämpfen muss, es letztendlich aber das Kräfteverhältnis in den einzelnen Ländern ist, das über solche Dinge entscheidet.

Trotzdem bleibt die Frage, ob sich die Bewegung in Luxemburg wieder aufrappelt. Am Tag wo "déi Lénk" zu einem großen Streitgespräch mit Gewerkschaftsführern einlädt, findet das Jahresabschlussfest der hiesigen ATTAC-Sektion statt. Kocht jetzt wieder jeder sein eigenes Süppchen?

Ich würde hier eher von Zufall reden. Aber es stimmt, dass etwa das Sozialforum Luxemburg, trotz eines sehr erfreulichen Starts vor ein paar Jahren und der Mobilisierung rund um das Referendum, quasi wieder eingeschlafen ist. Zum Teil ist auch dies auf die spezielle Luxemburger Situation zurückzuführen. Hier gibt es einige durchprofessionalisierte NGOs, die bestimmte Themen monopolisieren - sei es das Mouvement für die Umwelt, die Asti für Migrationsfragen oder die ASTM im entwicklungspolitischen Bereich. Es gibt wenig Raum für autonome Bewegungen sich hier zu betätigen. Trotz punktueller Erfolge - ich denke an das erste Luxemburger Sozialforum wo rund 150 Leute einen Tag lang zusammen diskutierten oder an die 50-köpfige Luxemburger Delegation beim Sozialforum in Paris - fehlt einfach eine gewisse Kontinuität. Das Auf und Ab wird immer bleiben, aber die Existenz starker und kritischer Bewegungen ist eine unabdingbare Voraussetzung für Veränderung, auch innerhalb der bestehenden fortschrittlichen Strukturen. Auch deshalb habe ich mich dazu entschlossen meine Kraft in die Bewegungsarbeit zu investieren.

Interview: Richard Graf

In eigener Sache:

Die w maxx musste einmal mehr ihren Beitrag zur Indexerhöhung leisten. Seit dem ersten Januar gilt ein neuer Abopreis: Ein Jahresabo kostet dann 70 Euro. Diese Erhöhung um 7,7 Prozent wurde notwendig, weil die Produktionskosten unaufhaltsam gestiegen sind. Der Kioskpreis bleibt hingegen mit 1,60 Euro unverändert. Für StudentInnen und Arbeitslose gilt weiterhin ein Abschlag von 25 Euro auf dem Jahresabopreis. Für w maxx-Zustellungen ins europäische Ausland werden, ebenfalls gleichbleibend, 26 Euro zusätzlich berechnet.

Weil "Geiz ist geil" gerade so schön in Mode ist, haben wir unser super Einstiegsangebot noch um einen Monat verlängert: Neua-bonnentInnen können sich für ganze 52 Euro die w maxx ein Jahr nach Hause schicken lassen und dürfen sich zusätzlich eine Flasche Barolo, aus biologischem Anbau, in der Redaktion abholen. Eine Supergelegenheit für Geschenk-Muffel, die noch bis zum 31.1. die Gelegenheit haben ihre Weihnachtsbescherung für etwaige Bekannte nachzuholen. Mehr dazu auf Seite 12.